

AUSGABE VOM 14. OKTOBER 2022

NRW: Dunkelfeld-Studie zu Antisemitismus gestartet

Eine „Dunkelfeld-Studie“ soll die Verbreitung antisemitischer Vorurteile und Einstellungen in der NRW-Gesellschaft erhellen. Dazu zählen neben Holocaust-Relativierungen auch Judenfeindlichkeit, wie sie sich heute in Corona-Protesten manifestieren, sowie „israelbezogener Antisemitismus“. Dazu wurde am Dienstag in der Düsseldorfer Staatskanzlei eine Vereinbarung unterzeichnet. „Das Projekt ist einzigartig in Deutschland, da auch modernisierte Formen des Antisemitismus erfasst werden“, begrüßte CDU-MdB Michael Breilmann die Landesinitiative. Die Studie werde über NRW hinaus Bedeutung haben, so der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Antisemitismusbekämpfung. Antisemitismus dürfe bei uns keinen Platz haben. Auch der Bundestag werde im November das Thema debattieren.

Bahn-Sabotage: Schutz kritischer Infrastruktur im Blickpunkt

Der Sabotage-Akt gegen die Deutsche Bahn in Berlin und Herne und die Suche nach einem besseren Schutz der Infrastruktur war diese Woche auch Thema im Bundestag. Welche Informationen hat die Regierung im Nachgang zu den folgenschweren Angriffen auf Kommunikationskabel der Deutschen Bahn am 8. Oktober? Damit befasste sich am Mittwoch der Innenausschuss, bei dem sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Fragen der Abgeordneten stellte. Für die CDU/CSU-Fraktion zeugt der Anschlag auf die Bahn von hoher krimineller Energie und zeige, wie verwundbar unsere Infrastruktur sei. „Ob nun ein ausländischer Staat oder Kriminelle dahinter



„Unsere kritische Infrastruktur besser schützen“: CDU-MdB Michael Breilmann befragte im Innenausschuss am Mittwoch Bundesinnenministerin Faeser zu den aktuellen Erkenntnissen und Konsequenzen aus den Sabotageangriffen. (Foto: Privat)

stecken: Wir wissen, dass wir auch in der inneren Sicherheit eine Zeitenwende erleben“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, zuständiger Sprecher seiner Fraktion für Politische motivierte Kriminalität. In der Ampel sei das offenbar noch nicht angekommen, so der 39jährige Innenexperte aus Castrop-Rauxel: „Wenn die Grünen, über ihren Obmann im Innenausschuss, der SPD-Innenministerin Faeser im Vorfeld der Sitzung öffentlich vorwerfen, die Brisanz der Bedrohungslage nicht verstanden zu haben, lässt das nichts Gutes über den Zustand der Regierungskoalition vermuten“. Nach Jahren des Aufwuchses sinke seit diesem Jahr der Etat der Bundespolizei, die für den Schutz der Bahn zuständig ist. Der Haushalt der Bundespolizei müsse daher an die aktuelle Bedrohungslage angepasst werden. Innenministerin Faeser

und Verkehrsminister Wissing müssten sofort einen Sicherheits-Check aller sensiblen Bahnanlagen vornehmen. Der nachträgliche Versuch der Grünen, das von der Union erkämpfte 100 Milliarden Bundeswehr-Sondervermögen wieder aufzuschnüren, um dort Geld für Sicherungsmaßnahmen für die Infrastruktur zu entnehmen, sei reiner Populismus. „Es wäre fatal, innere und äußere Sicherheit gegeneinander auszuspielen - und der Bedrohungslage keinesfalls angemessen. Der Eindruck nach der Sitzung ist frapierend: „Statt geschlossen zu handeln verstrickt sich die Koalition konzeptionslos in Grabenkämpfe. Fazit: Diese Ampel ist nur bedingt abwehrbereit!“, so Breilmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wer bereits eine heftige Corona-Infektion durchmachen musste, der weiß, wie wichtig impfen gegen einen schweren Verlauf ist. Es ist der wichtigste Baustein, damit



wir die Pandemie dauerhaft in den Griff bekommen. Wer sich impfen lässt, schützt sich selbst, aber auch sein persönliches Umfeld und andere Personen vor einer möglicherweise sehr schwer verlaufenden Krankheit. Daher war es für mich auch keine Frage, dass ich heute freiwillig selbst die Möglichkeit der nächsten Booster-Impfung im Reichstag wahrgenommen habe. Es ist gut, dass das nordrhein-westfälische Gesundheitswesen sich unter Federführung von Gesundheitsminister Laumann im neuen Bündnis „NRW impft – Bleib gesund!“ zusammengeschlossen hat, um aktiv über den Schutz durch eine erneute Coronaschutzimpfung und die saisonale Grippeimpfung aufzuklären.

Noch immer müssen schwer an Corona Erkrankte stationär in den Krankenhäusern behandelt werden, noch immer sterben jeden Tag zu viele Menschen in dieser Pandemie. Um gut durch den Herbst zu kommen, sollten sich diejenigen, denen die Impfung von der STIKO empfohlen wird, impfen lassen. Ich hoffe, dass viele Menschen auch in der Region dies beherzigen. Denn Impfen ist sowohl bei Grippe als auch bei Corona immer noch der beste Schutz und kann am Ende Leben retten. Bleiben Sie gesund!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Union bietet Mithilfe bei Gaspreisbremse an

Die CDU/CSU-Fraktion hat der Ampel-Koalition ihre Bereitschaft signalisiert, bei der raschen Ausgestaltung einer Gaspreisbremse konstruktiv mitzuwirken. Die Expertenkommission habe viele Vorschläge der Union aufgegriffen, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Die Kommission hatte am Montag ihre Vorschläge vorgelegt. Danach sollen Gas- und Fernwärmekunden im Dezember mit einer Einmalzahlung von ihren enorm gestiegenen Kosten entlastet werden. Ab März soll dann ein Preisdeckel für den Grundverbrauch an Gas und Fernwärme greifen. „Wenn diese Vorschläge in Gesetze gefasst werden, sind wir bereit schnell Lösungen mit zu ermöglichen, die dann umgesetzt werden können“, kündigte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann an. Er kritisierte, dass die Koalition über den Sommer wertvolle Zeit vertrödelt habe, statt solche Lösungen zu erarbeiten. Breilmann meldete Zweifel an, dass die geplante Einmalzahlung im Dezember den Bürgern und den kleinen Unternehmen ausreichend Luft verschaffe. „Wenn die Gaspreisbremse erst im März greift, dann bleibt die gesamte Winterheizperiode unberücksichtigt. Um Energiepreise zu senken, braucht es eine Verbreiterung des Stromangebots“, so MdB Breilmann.

„THW trifft MdB“: Meinungsaustausch im Reichstag



Seit 2008 gibt es "MdB trifft THW", das Forum des Technisches Hilfswerk zum Meinungsaustausch. Am Donnerstag war es wieder soweit: Die MdB kommen im Reichstag mit THW-Angehörigen ins Gespräch. „Der schönste Termin der Woche“, so CDU-MdB Michael Breilmann: „Ein großes Dankeschön an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW in der Region sowie landesweit für ihr unermüdliches Engagement“. Gerade der regelmäßige Austausch mit dem NRW-Landesbeauftragten Nicolas Hefner (Bild) sei wichtig, um mehr über die aktuellen Herausforderungen zu erfahren. „Ich freue mich auch über das Engagement vieler junger Menschen, die sich im Rahmen der THW-Jugend für das Allgemeinwohl einsetzen und so auch manches Vorurteil widerlegen!“, so Breilmann im Anschluss. (Foto: Privat)

Wohngipfel: Enttäuschung über Ergebnisse

Am Mittwoch wurden im Bundeskanzleramt die Ergebnisse des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum unter Federführung von Bauministerin Klara Geywitz vorgestellt. Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen eine herbe Enttäuschung: „Zusammensetzung und Aufgabenverteilung des Bündnisses waren von Anfang an ideologisch und überladen. Dieser Geburtsfehler hat zielgerichtete Diskussionen erschwert“, so Breilmann. Das lasse sich nun auch an den Ergebnissen deutlich ablesen. Trotz vielen hundert Stunden gemeinsamer Sitzungen fänden sich im Bündnispapier vor allem Formelkompromisse, gute Vorsätze und Prüfaufträge. „Das ist zu wenig. Ohnehin breit akzeptierte Ziele zu formulieren, ist noch keine Politik. Wir haben bei den Herausforderungen des Bauens und Wohnens kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit“, so MdB Breilmann. „Was fehlt, sind konkrete Lösungsvorschläge, um die Herausforderungen zu meistern. Es ist bezeichnend, dass wesentliche Bündnispartner sich geweigert haben, das Ziel von 400.000 neuen Wohnungen zu unterschreiben. Für die Realitätsverweigerung der Bauministerin wollten sie sich nicht in Mithaftung nehmen lassen. Die angesichts des Ukrainekrieges ausgerufenen Zeitenwende findet im Bündnistext keine Entsprechung. Stattdessen wird der Koalitionsvertrag durchexerziert als wäre nichts geschehen“, kritisiert der CDU-Politiker.

Deutschland steht vor neuer Migrationskrise

Die Zahl der Asylbewerber steigt seit Wochen, heuer wird mit 200.000 Asylanträgen gerechnet - die Flüchtlinge aus der Ukraine nicht mitgezählt. Viele Kommunen haben schon keinen Platz mehr, Asylbewerber unterzubringen. Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Regierung auf, nicht noch mehr Anreize für Asilmigration nach Deutschland zu setzen. Dazu ist es am Donnerstag im Bundestag zu einer scharfen Kontroverse über die Migrationspolitik der Bundesregierung gekommen. „Die Ampel-Koalition öffnet mit ihrem Sonderweg Tür und Tor für irreguläre Migration. Auch weil sie höhere soziale Leistungen als anderen EU-Staaten gewährt, kommen Asylbewerber am liebsten nach Deutschland. Außerdem kümmert die Ampel sich nicht darum, dass Ausreisepflichtige wirklich ausreisen“, kritisiert CDU-MdB Michael Breilmann. Deutschland müsse sich mit den EU-Partnern abstimmen, wie mit Asylbewerbern zu verfahren ist. Mit ihrem [Leitantrag](#) in dieser Woche fordert die Union die Ampel auf, ihren migrationspolitischen Sonderweg in Europa zu beenden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 16 der 20. Wahlperiode

14. Oktober 2022

Herausgeber:
Bundestagsbüro M. Breilmann
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-72555

Email:
michael.breilmann@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
M. Breilmann MdB/H. Häbler/
L. Klimpel/R. Hoffmann/J. Ehm